

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, ...

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 6 Spalten zu 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., ...

Nr. 453.

Halle, Mittwoch, den 28. September 1921.

Einzelpreis 20 Pfg.

Ein Engländer über Oberschlesien

Im Septemberheft der englischen Zeitschrift 'Foreign Affairs' veröffentlicht Sidney Osborn, ...

Osborne fährt fort: 'Sicher ist das ein kleiner materialistischer Sieg für Deutschland, wenn man bedenkt, ...

Osborne untersucht dann die Gründe dieses überraschenden Erfolges. Es sind die kulturellen und wirtschaftlichen ...

Vor wenigen Tagen sind die Sachverständigen des Internationalen ...

Pfarrer Miska zum ober-schlesischen Problem.

Der Vorsitzende des ober-schlesischen Zentrums, Pfarrer Miska, hielt eine bedeutende Rede, in der er auch auf die Stellung seiner Partei zum ober-schlesischen Problem zu sprechen kam.

Der Preussische Staatsrat.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Der Preussische Staatsrat ist auf den 11. Oktober, nachmittags 2 Uhr einberufen worden.

gleichen durch die Provinziallandtage, sowie der Gesandten über den Sitz des ...

Eine Note General Nollets über die Schupo.

Der Vorsitzende der interalliierten Militär-Kontrollkommission General Nollet hat an das Auswärtige Amt nachstehende Note gerichtet:

Nach dem Schreiben der interalliierten Militär-Kontrollkommission vom 12. Mai mußte die Durchführung der auf die Polizei bezüglichen Bestimmungen der Note von London bis zum 15. Juli beendet sein.

Frankreich ist verstimmt.

Der Pariser Vertreter der 'Associated Press' drachtet nach NewYork: Die französischen offiziellen Kreise sind über die Berichte aus NewYork tief verstimmt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein zurückgezogen werden sollen.

Die letzte amerikanische Parade auf deutschem Boden.

Nobelen, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldungen einer amerikanischen Zeitung wird General Pershing heute in Koblenz eine Besichtigung der amerikanischen Besatzungstruppen vornehmen, welche als letzte gilt, bevor die amerikanischen Truppen Deutschland verlassen.

Amerikanische Volkswirtschaftler studieren den europäischen Markt.

George Warren, der beratende Nationalökonom des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten und der Statistiker W. F. Callender sind von der Regierung der Vereinigten Staaten nach Europa entsandt worden, um so schnell wie möglich den europäischen Markt zu studieren und Methoden auszuarbeiten und Quellen zu finden, die dem europäischen-amerikanischen Warenaustausch förderlich sind.

Wahlvorbereitungen in England.

London, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die 'Dena' die bereits einmal auf einen bevorstehenden Regierungswahlkampf in England hingewiesen hat, meldet neuerdings, daß Lloyd George sich bereits auf den Wahlkampf vorzubereiten beginnt, obwohl die Neuwahlen noch gar nicht ausgeschrieben sind.

Deutscher Reichstag.

134. Sitzung. Kleine Anfragen.

Beilin, 27. Sept. Präsident Loebke eröffnet die erste Sitzung des Hauses nach der Sommerpause mit einer Anrede, in der u. a. er sagte: Seit unserem Auseinandergehen im Juli hat der Tod besonders der Nation des Zentrums schwere Verluste zugefügt.

Wahlberechtigung überfallig ausgedehnt worden.

Kollege Erzbischof hat gewiß oft im heißesten Kampfe gestanden und manchmal eine scharfe Klinge geführt, aber er hat auch gearbeitet im Dienste des Parlamentes und des Landes wie nur wenige. Wollte man ihm dabei mancher Schärffheit unterlassen sein.

von Arbeitern der Tod geschlagen haben. Hunderte von Frauen und Kindern des Genußers herabtu worden sind. Tausende Hab und Gut verloren haben. Der Reichstag drückt den Hinterbliebenen sein Beileid aus und verpflichtet an seinem Teile mitzuwirken. Die Leiden zu lindern, soweit sie gebietet werden können. In dem Ausdruck der Teilnahme und des Mitlides zur Hilfsbereitschaft werden sich alle Parteien des Hauses einigen. (Mitteltags Zustimmung.)

Fünf Mitglieder sind in den Reichstag neu eingetreten.

Das Ministerium des Innern sucht die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Reich wegen Verleumdung und des defunktionalen Abgeordneten Schmittmann wegen Vergehens gegen die Reichsgesetzgebung nach.

**Auf der Tagesordnung stehen**  
22 Kleine Anfragen.  
Auf die Anfrage des Abg. Herr (D. Vpt.) wegen der Tötung des Kaufmanns Langemann aus Bieber bei Trier durch französische Besatzungstruppen erwidert General Dr. Müllers, daß nach der Festnahme eines französischen Soldaten aus dem deutschen Reichsgebiet die Nachricht über das endgültige Ergebnis der Untersuchung noch nicht vorliegen. Dem Vernehmen nach soll der Angeklagte kürzlich nach französischen Kriegsgerichten in Köln eingeleitet worden sein. Die deutsche Regierung wird die Sache weiter verfolgen und insbesondere ihre Verlangen auf Gewährung von Schadenersatz für die Hinterbliebenen aufrechterhalten.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Feder-Giebel (D. Vpt.) über die Erhöhung des Zolles für Wein in Franken durch das Zollkomitee der Rheinlandschiffahrt in Koblenz von 48 auf 100 Mark für 100 Kgr. erwidert

ein Regierungsvertreter, daß mit der Aufhebung der Zantionen auch die dem Abg. deutscher Fleischpreise entgegenstehenden Remunerationen beseitigt werden.

Auf Anfrage von der Deutschen Volkspartei, ob die Regierung die in den nächsten Monatsheften veröffentlichte Broschüre über Grundlagen der Fremden in mehreren deutschen Bezirken und Einwohnern durch Verbreitung im neutralen wie im feindlichen Ausland vernichten wolle, wird von einem Vertreter der Regierung erwidert, daß das betreffende Material amtlich den deutschen Auslandsvertretungen bekannt gegeben sei, daß die Regierung sich aber den Zeitpunkt der amtlichen Verwertung des Materials vorbehalten wolle, da sie der politischen Gesamtlage Rechnung zu tragen habe.

Auf Anfrage des Zentrums wegen Berufung des Staatssekretärs für die Reichs- und Landesangelegenheiten einbeidliche Grundzüge für Reich und Länder, hofft sich, wird von der Regierung erwidert, daß der Ausschuss demnächst einberufen werden wird.

Auf Anfrage von der deutschen Volkspartei, ob die Regierung die in den nächsten Monatsheften veröffentlichte Broschüre über Grundlagen der Fremden in mehreren deutschen Bezirken und Einwohnern durch Verbreitung im neutralen wie im feindlichen Ausland vernichten wolle, wird von einem Vertreter der Regierung erwidert, daß das betreffende Material amtlich den deutschen Auslandsvertretungen bekannt gegeben sei, daß die Regierung sich aber den Zeitpunkt der amtlichen Verwertung des Materials vorbehalten wolle, da sie der politischen Gesamtlage Rechnung zu tragen habe.

Auf Anfrage von der deutschen Volkspartei, ob die Regierung die in den nächsten Monatsheften veröffentlichte Broschüre über Grundlagen der Fremden in mehreren deutschen Bezirken und Einwohnern durch Verbreitung im neutralen wie im feindlichen Ausland vernichten wolle, wird von einem Vertreter der Regierung erwidert, daß das betreffende Material amtlich den deutschen Auslandsvertretungen bekannt gegeben sei, daß die Regierung sich aber den Zeitpunkt der amtlichen Verwertung des Materials vorbehalten wolle, da sie der politischen Gesamtlage Rechnung zu tragen habe.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Czar (D. Vpt.) sagt die Regierung die Verlegung eines Denkmalens über die Arbeiter der Reichs- und Landesangelegenheiten in der Festsetzung der Betriebsverordnungen, das Rollen des Staatsrats der Reichsgesetzgebungen und über die Höhe des deutschen Volksvermögens, zu deren Fertigstellung aber noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde.

Die Anfrage der Unabhängigen, ob der Reichsminister den Kapp-Kapellen Kopenitz befreit und den lediglichen verlassenen Kapellenschatz Erhardt mit voller Pension entlassen habe, wird regierungsmäßig verneint. Selbstverständlich werde die Pension nicht ausgesetzt werden, ehe Erhardt ermittelt sei.

Dr. Wolf (D. Vpt.) erwidert auf eine Anfrage folgende Antwort der Regierung: Nach den vorliegenden amtlichen Berichten ist die Aufhebung des Betriebsamtes am 10. Juni 1921 bei Bremerhaven mittags gegen 3 Uhr von zwei schwarzen Kolonialsoldaten in ein Kamin geschleppt, mit Schußwunden bedroht und verewaltigt worden. Trotzdem die amtlichen Feststellungen über die Tat alsbald der zuständigen Besatzungsbehörde mitgeteilt wurden, liegt eine Mitteilung der letzteren über das Ergebnis der Untersuchung und Befragung der Täter noch nicht vor.

Auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob es zutrifft, daß der Schriftsteller Maximilian Harden in dem amtlichen Auftrag der deutschen Regierung nach den Vereinigten Staaten reiste, wird regierungsmäßig erklärt, daß letztere hier Reise und den Besatzungsbedingungen haben, wüßig keine sind.

Die Interpellation Herr (D. Vpt.) betreffend Arbeitsverhältnisse und des Abgeordneten Stresemann (D. Vpt.) betreffend Ausstellungen gegen Angehörigen nicht-jüdischer Parteien werden innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Die Reichsausschreibung für 1919 geht an den Rechnungsausschuss. Der zweite Nachtrag des Etats für 1921 (Neuordnung der Teuerungszulage für Beamte) wird für heute von der Tagesordnung abgesetzt. Das Gesetz über den Auftrieb wird ebenfalls von der Kommission überlesen. — Der Gesetzentwurf über die Verpflegung zur Anstellung über militärisch-feldmäßige Gebete und zu deren Veranschlagung wird in zwei Lesungen ohne Erörterungen angenommen.

Abend Sitzung Mittwoch 2 Uhr nachmittags. Tagesordnung: kleinere Vorlesungen, Nachtragsetz und Interpellation betreffend das Unglück in Danzig.

Schluß gegen 5 Uhr.

### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Reichstag des Reichstages beschäftigt sich in seiner Dienstags vor Beginn der Plenar Sitzung abgehaltenen Sitzung nach dem Geschäftsplan für die nächsten Tage. Heute wird über das Unglück von Danzig verhandelt. Der Donnerstag soll von der Plenar Sitzung frei bleiben, damit der künftige Ausschuss der amerikanischen Friedensverträge befaßt sein kann und die Diskussionen zu den allgemeinen politischen Fragen Stellung nehmen können. Am Freitag wird die große politische Aussprache beginnen, die an die Verhandlung des Reichsausschusses nach dem Geschäftsplan und die dazu gehörigen Interpellationen angeknüpft wird. Am Freitag wird nachmittags der amerikanische Friedensvertrag im Plenum behandelt werden. Nach Abschluß dieser Debatte soll der Reichstag bis zur Beratung der Steuerverträge im letzten Drittel des Jahres verbleiben.

Das Reichsgesetzgebungsorgan hat heute in den Reichsreden befragt. So wird es nach besonderer Bewerdung des Präsidenten Rede in Zukunft an allen Tagen, an denen Plenarsitzungen sind, gehalten werden, eine Geschäftszeit, die auch von den Parlamenten anderer Länder geübt wird.

### Oppau.

Endigungsantrag, 27. Sept. Nach der neuesten Liste beträgt die Zahl der Todesopfer 414. Anerkannt sind 75 Leichen. Vermißt werden fest 160 Gemüder.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat für die Opfer von Oppau 100 000 Mark geteilt.

### Die neue Donau-Acte.

Der deutsche Delegierte bei der internationalen Donau-Kommission, General Dr. Arthur Seyditz, hat am 19. September die neue Donau-Acte unterzeichnet. Das Deutsche Reich war durch Art. 349 des Friedensvertrages zur Anerkennung dieser Acte verpflichtet, die entspricht aber im großen und ganzen den deutschen Wünschen. Durch die formale Unterzeichnung ist das Reich in die Reihe der Signaturländer eingetreten und teilt mit diesen nicht nur die Pflichten, sondern auch die Rechte. Insbesondere können Anordnungen am Staat nur noch mit Zustimmung des Reiches vorgenommen werden, und dieses kann innerhalb der in der Acte vorgesehenen Grenzen auf Änderungen drängen. Der Wortlaut der neuen Konvention wird alsbald veröffentlicht werden.

### Deutsche Freimaurerei und deutscher Ausbau.

Die Frage des deutschen Ausbaus wird bei geistigen Vereinigungsgemeinschaften von der Seite der deutschen Kultur aus betrachtet und sie ist für das Bestehen dieser Vereinigungen wie für das Volksganze überhaupt eine Lebensfrage, die mit dem inneren Bestand des deutschen Volkstums zusammenhängt. So hat auch der Vortragsredner in dieser Freimaurerei der seiner diesjährigen in Essen abgehaltenen Jahresversammlung sich eingehend mit diesem Thema befaßt, das den dritten Tag der Tagung ausfüllte.

Dr. Oskar Jänich (Sonnur) sprach in einem ausführlichen Referat über die Zusammenhänge, welche zwischen der deutschen Freimaurerei und dem deutschen Ausbau bestehen, sowie über die ihr dadurch zugewiesenen Aufgaben. In seiner Auseinandersetzung mit den Ursachen des Zusammenbruchs, welchen er ebenfalls von der Seite der Gefinnung aus betrachtete, kam er zur Forderung, daß der rituelle und nationale Ausbau den politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen vorausgehen muß, da der Wiederbruch der deutschen Gefinnung einer der Hauptgründe der Niederlage gewesen sei. Die Wiederaufbauarbeit kann nur erfolgen, wenn sie auf deutscher Grundlage vorgenommen werde, die die nötigen Schranken anerkennt. Dies ist eine deutsche sittliche Pflicht, die um so ernster sein muß, je weniger die feindlichen Völker dem Deutschen das Recht zum Leben gestatten wollen. Der Vortragende wandte sich in diesem Zusammenhang an die deutsche Jugend, welche im Interesse der Zukunft der deutschen Nation die Aufgabe hat, die in der Weiterentwicklung des menschlichen Geistes in der Richtung zum Ideal besteht.

Nachdem Dr. Jänich im Verlauf seiner Ausführungen über Reformbestrebungen innerhalb der deutschen Freimaurerei eingehend berichtet hatte, forderte er als Hauptaufgabe für die Mitarbeiter der deutschen Freimaurerei bei dem Wiederaufbau, daß die Logen Stätten für die Heranbildung führender Persönlichkeiten werden. Ferner sprach er für die Beendigung unseres Reiches durch den Sozialverfall und den Kampf gegen die in der Gegenwart sich geltend machenden antisozialen und die Erziehung aller Schichten zur jammervollen Volksgemeinschaft. Er gab damit zugleich ein Bekenntnis ab, daß die deutschen Freimaurer auf dem Boden des § 148 der deutschen Verfassung stehen, welcher die Erziehung im Sinne des deutschen Volkstums fordert. Die Bräutigam einer künftigen Völkervereinigung aber können erst von einem auf höheren Grundlagen erstellten deutschen Ausbau erfolgen. An den Vortragsredner schloß sich eine längere Aussprache, welche im allgemeinen eine Zustimmung der Grundgedanken des Referats ergab und einzelnen die Weiterentwicklung des menschlichen Geistes in der Richtung zum Ideal forderte.

Die Tagung schloß mit einer Ansprache von Dr. Schneider-Eisen, welcher das Ergebnis der glänzenden verlaufenen Tagung zusammenfaßte und besonders darauf hinwies, daß in einer Zeit, wo Egoismus und Materialismus die Triebfeder der Arbeit seien, man sich auf den ethischen Wert alles Schaffens besinnen müsse, der in den Worten unseres großen Völkervaters Alfred Arndt Ausdruck findet. Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein, dann ist Arbeit Gebet.

### Die staatlichen Prüfungen von technischen Assistenten an medizinischen Instituten.

Der preussische Minister für Volkswirtschaft hat, wie die „Dena“ erfährt, vor kurzen Vorarbeiten über die staatlichen Prüfungen von technischen Assistenten an medizinischen Instituten erteilt. Danach finden die Prüfungen im Frühjahr und im Herbst statt. Die Zulassungsgesuche, die dem zuständigen Regierungs- und Medizinialrat als dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unter Beifügung der erforderlichen Nachweise bis zum 2. Februar bzw. 1. August einzureichen sind, müssen u. a. enthalten: den Nachweis einer erfolgreich zum Abschluß gebrachten Ausbildung an einem staatlich anerkannten Lyzeum oder einer gleichwertigen Bildung, ferner den Nachweis, daß die Bewerberin wenigstens zwei Jahre lang an Lehrgängen in staatlichen oder staatlich anerkannten Lehranstalten in allen Hauptfächern erfolgreich teilgenommen hat. Wer den Nachweis einer weitestgehend gleichwertigen Ausbildung beibringt, kann ausnahmsweise ebenfalls zur Prüfung zugelassen werden. Die Prüfung zerfällt in einen mündlichen und praktischen Teil. Auf Grund der beizubehaltenen Prüfung werden vom Vorsitzenden der Prüfungskommission die Prüfungsergebnisse unter Beifügung der „Wertungen“ an den zuständigen Regierungspräsidenten eingereicht, um durch ihn die staatliche Anerkennung des Prüfungs als technischer Assistent zu erreichen. Ueber die Anerkennung wird ein entsprechender Ausweis erteilt. Die staatliche Anerkennung ohne vorherige Prüfung kann solcher Bewerber erteilt werden, die schon vor dem Erlaß einer Ausbildung als technischer Assistent für medizinische Institute erhalten haben oder sich jetzt bereits in der Ausbildung befinden, und zwar während der nächsten sechs Jahre nach einer wenigstens drei Jahre langen praktischen Tätigkeit. Der Antrag auf staatliche Anerkennung muß spätestens bis zum 31. Dezember 1.27 bei dem zuständigen Regierungspräsidenten gestellt werden.

Auf Bestürmung des Dr. Kaiserhaus-Gebäude kann bei besonders vorliegenden Gründen ausnahmsweise der Nachweis der Teilnahme an einem besonderen Ausbildungslager erteilt werden. In diesen Fällen bleibt bis auf weiteres die Erteilung der staatlichen Anerkennung der Aufhebung des Ministers für Volkswirtschaft vorbehalten. Die in einem anderen Lande des Reichs erfolgte Anerkennung als technischer Assistent an medizinischen Instituten gilt auch für das preussische Staatsgebiet. Zugewiesen werden kann die staatliche Anerkennung von dem zuständigen Regierungspräsidenten, wenn durch Tatsachen erwiesen ist, daß die erforderlichen Eigenqualitäten für die Ausübung des Berufes fehlen oder aber wenn die technische Assistentin in der Ausübung der staatlichen Assistenten erteilten Vorschriften zuwiderhandelt.

Die „Lusitania“-Züge.

Die angelegene Reisezeit „Die Lusitania“ in St. Louis bringt folgenden Artikel über den „Lusitania“-Fall: Bestürzt und mit großem Anmut hört jetzt ganz Amerika, wie der ehemalige Hafenfeuerleiter, Dabney Wilson Malone, ein Mann, der feierlich sich um die Waise des Millionen verdient gemacht, daß er heißt mit dem bedeutendsten Bundesamt in New York behauptet, daß die „Lusitania“ sei von einem deutschen U-Booten erlegt worden, 4200 Amerikaner Patrouille für die britische Regierung an Bord hatte, und daß diese Patrouille 11 Tonnen schwarzes Pulver enthielten. „Wenn die Taten der Verwaltung Wilsons offenbar werden“, sagte Malone, „wird die Welt erkennen, daß keine Regierung je zuvor soviel ein Regiment der Unterdrückung und Heimlichkeit über. Als La Follette seine Anklage erhebt, sollte er sofort aus dem Senat ausgetrieben werden, und wir alle erinnern uns, wie er mit knapper Not diesem Schicksal entging. Bei dem Verfahren vor dem Senatsausschuss verlangte er Vorlegung des Berichts des Hafenfeuerleiters von New York (Malone selbst hatte ihn geschrieben), über die Ladung der „Lusitania“. Das Schicksal verweigerte ihm das Staatsdepartement, und dieses weigerte sich, da der Bericht ein Teil des Geheimnisses ist. Nicht nur La Follette, sondern auch noch andere Leute wurden während des Krieges verhaftet oder allezeit Schwestern ausgesagt, wenn sie ähnliche Änderungen machten. Nicht nur das amerikanische Volk und schließlich die ganze Welt ist da von seinen unehren amerikanischen Regierung belogen worden; und unverantwortlich betrogen worden von ihr auch die vielen Hunderte von Opfern der „Lusitania“-Verletzung, welche sich mit Wissen der Regierung auf das schwimmende Pulverfass begaben. Wird man nicht mit solchen Verbrechen noch gerechtfertigt abrechnen? Wie dürfte denn irgendein Minister das Urteil fällen, die „Lusitania“ habe keine Munition an Bord gehabt, und die Regierung auch dazu schweigen?

Und mit dieser Eingebildung die ganze Welt gegen Deutschland aufgehetzt, ist das amerikanische Volk größtenteils in Kriegsmisslingen gebracht worden!

### Deutsches Reich.

Der dritte Band von Bismarcks Gedanken und Erörterungen ist jetzt ausgegeben worden. Die Nachfrage war so stark, daß die Auflage in Höhe von 300 000 Exemplaren bereits verkauft ist. Im November wird ein hoch bemessener Nachdruck herausgegeben werden.

### Auslands-Rundschau.

Amerika sucht Kolonien.

Paris, 27. Sept. Der diplomatische Brückenschlag der „Chicago Tribune“ teilt uns gewisse französische Kreise mit, daß die Vereinigten Staaten französische Kolonialbesitzungen in Sibirien, Japan zu erwerben suchen. Es werde befürchtet, daß die amerikanische Regierung auf der kommenden Abrüstungskonferenz den Ankauf von Alaska und der Gesellschaftsinseln mit Einschluß von Tahiti vorgeschlagen werde.

### Pessimismus in Athen.

Athen, 27. Sept. (Eigene Drahtschicht.) Die heutige Zeitung „Patria“ berichtet: König Konstantin sei in Athen eingetroffen. Am heutigen Dienstag sei ein Kontrat vorgehen, in welchem endgültige Beschlüsse über die Fortführung des Krieges in Kleinasien getroffen werden sollen. Andere Athener Blätter berichten, daß der Mäktel des griechischen Kriegsministers infolge der Mißerfolgs an der Front bevorstehe.

### Das Arbeitslosenproblem in Amerika.

Auf Einladung des Präsidenten Harding wurden in nächster Zeit 25 Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitern, zu denen sich zwei Beamte aus der Regierung gesellen, zu einem Treffen, um sich über Vorschläge, wie den Arbeitslosen zu helfen sei, schlüssig zu machen. Die Beschäftigungslosigkeit hat in neuerer Zeit stark zugenommen.

Die Maßnahmen in der Vorstadt Mexiko. Nach Meldungen, die aus Mexiko eingegangen sind, ist es einem starken Trupp Aufstößen gelungen, in einem Vorort von Mexiko einzutreten. Sie töteten einige hundert Eingeborene und plünderten deren Bezirke. Nach Meldungen spanischer Gesandener, über reichlich Munition und zahlreiche Waffengeräte. Ihre Besuche sind dagegen in höchstem Maße.

Feuer auf einem Berggipfel. In Bari feuerte nach einer Reihe von Abgeschossen Diagono aus Anlaß einer Festlichkeit des lokalistischen Ruffino eine Person drei Revolverkugeln auf den Kletterer ab. Der Abgeordnete wurde schwer verwundet. Ein junger Mann wurde als mutmaßlicher Täter verhaftet.



